



Demonstrationen in Herford: Alt und Jung gingen gemeinsam auf die Straße und protestierten lautstark gegen sozialen Kahlschlag.



Rückgabe des Sparpakets an CDU-Ratsfrau Angelika Dümenil (Mitte).



Bochum wehrt sich: Mit Protestschildern und Tröten machten Mitglieder und Freunde des SoVD Front gegen den Sozialabbau.

Protestwelle sorgt landesweit für Aufsehen

## SoVD-Mitglieder machen gegen Sozialabbau mobil

Ob Witten, Mülheim, Bochum oder Herford – in zahlreichen Städten Nordrhein-Westfalens haben Kreis- und Bezirksverbände des SoVD protestiert. Mit Transparenten und Tröten machten sie ihrem Unmut über die Rente mit 67, das Sparpaket und die Kopfpauschale Luft. Vor den Wahlkreisbüros der Bundestagsabgeordneten forderten sie die Rückkehr zu Solidarität und sozialem Ausgleich. Velerorts fanden die Aktionen ein breites Echo in den Medien: Nachrichtenagenturen, Lokalpresse und Radio berichteten über die Protestaktionen.

„Wir machen Druck für eine sozial gerechte Politik. Denn was sich die schwarz-gelbe Bundesregierung hier erlaubt, ist unerhört und zutiefst

ungerecht“, sagte Günter Wieske, Kreisvorsitzender aus Herford. Er machte den Auftakt gemeinsam mit Vertretern der Gewerkschaften und des Rolli-Clubs. Etwa 100 Teilnehmer zogen in Bünde vor das FDP-Büro des Abgeordneten Frank Schäfer. „Wir sagen Nein“, so Wieske. Es könne nicht angehen, dass sozial benachteiligte, langzeitarbeitslose, ältere und behinderte Menschen die Zeche für die Finanzkrise zahlen. Sie sei schließlich auch nicht von ihnen verursacht worden. „Finanzjongleure und Spitzenverdiener müssen zur Kasse gebeten werden“, so Wieskes Forderung.

In Witten waren SoVD und Gewerkschaften einen Tag lang gemeinsam in der Innenstadt präsent. Auf einer meterlangen Wäscheleine hatten sie Plakate mit dem Bild des nackten Mannes aufgehängt, der das SoVD-Protestsymbol für die leeren Taschen der betroffenen Menschen ist. An einem Infostand sammelten engagierte Unterstützer zudem Unterschriften gegen die „Rösler-Pauschale“. Höhepunkt in Witten war ein Demonstrationszug zum Wahlkreisbüro von Dr. Ralph Brauksiepe (CDU). Dort übergaben Renate Braukmann und Wolfgang Still vom Kreisvorstand das Spar-

paket mit der Aufschrift „Annahme verweigert“ stellvertretend an die CDU-Ratsfrau Regina Krokowski. „Es ist beschämend, dass der kleine Mann für die Fehler der Großen büßen muss“, empörte sich Renate Brauckmann.

Unter dem Motto „Gemeinsam ist man stark“ taten sich die Bezirks- und Kreisverbände Mülheim/Oberhausen, Essen und Düsseldorf zu einer Demonstration in Mülheim zusammen. „Wir haben bereits am Bahnhof auf uns aufmerksam gemacht und sind mit unseren Protestschildern und Tröten vor das FDP-Büro gezogen“, berichtete die Essener Kreisvorsitzende Renate Falk. Vor dem Politikbüro sagte Eduard Roncari, Bezirksvorsitzender aus Mülheim: „Schwarz-Gelb torpediert geradezu unseren Sozialstaat. Das können und wollen wir nicht hinnehmen. Wir warnen ausdrücklich vor der Einführung der Rente mit 67. Nur jeder 20. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte hält heute überhaupt bis 65 durch. Und wer länger durchhalten könnte, für den gibt es gar keinen Arbeitsplatz. Die Rente mit 67 ist nichts anderes als angeordnete Altersarmut. Dagegen wehren wir uns.“

In Bielefeld verabschiedeten die



Eduard Roncari, Bezirksvorsitzender von Mülheim/Oberhausen, forderte den Stopp der Rente mit 67. Sie bedeute eine verordnete Altersarmut.

Delegierten des Kreisverbandes eine Resolution, in der sie die massiven Einschnitte in der sozialen Sicherung aufs Schärfste kritisieren. Der Kreisvorsitzende Eberhardt Lüttge erklärte: „Wir können nicht hinnehmen, dass sozial benachteiligte und behinderte Menschen die Zeche für die Wirtschafts- und Finanzkrise bezahlen. Wir warnen auch vor einem drastischen Anstieg der Altersarmut durch die Umsetzung der Rente mit 67.“ Die Resolution wurde der Bielefelder Bundestagsabgeordneten Lena Strothmann (CDU) zugestellt.

In Bochum kamen über 100 Mitglieder des SoVD zusammen. Mit Fahnen und Transparenten zogen

sie vor das Wahlkreisbüro des Bundestagspräsidenten Dr. Norbert Lammert (CDU). Die Bezirksvorsitzende von Bochum-Hattingen, Jutta König, verurteilte dort in ihrer Rede die Politik gegen die Ärmsten in der Gesellschaft: „Das Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger wird gestrichen. Das trifft vor allem alleinerziehende Mütter hart. Ich frage Sie: Wie geht das zusammen – sonntags Betroffenheit über Kinderarmut zeigen und alltags bei armen Müttern mit Babys kürzen? Im Gegensatz dazu bleibt das Elterngeld für Gutverdiener unter einem gemeinsamen Einkommen von 500 000 Euro erhalten. Das ist zynisch.“



„Das ist ein Kürzungspaket gegen arme und behinderte Menschen. Mit dem Kürzen unten muss Schluss sein“, forderte Herfords Kreisvorsitzender Günter Wieske.



Wenn die Politik nicht mehr bei den Menschen ankommt, erreicht deren Protest die Verantwortlichen: SoVD, Rolli-Club und Gewerkschaften demonstrierten vor dem Wahlkreisbüro von Frank Schäfer (FDP) in Bünde.



Die Wittener trotzten der Witterung, sammelten 200 Unterschriften gegen die Kopfpauschale und organisierten eine Demo vor dem CDU-Büro.